

Emigration und ihre Auswirkung auf die Gesellschaft Paraguays

Das Seminar "Emigration und ihre Auswirkung auf die Gesellschaft Paraguays" fand am 14. November in Asunción, Paraguay, statt. Die Anwesenheit von 70 Teilnehmern, unter ihnen Autoritäten des Innenministeriums, des Sekretariats für Frauenangelegenheiten, Senatoren und Abgeordnete und andere politische Vertreter, ausländische Redner, Experten und Vertreter der paraguayischen Gesellschaft, war bezeichnend für die Bedeutung des Themas "Migration". Das Treffen wurde organisiert von Senator Carlos Filizzola, Vorsitzender der Kommission für Gleichstellung, Geschlecht und soziale Entwicklung der Senatorenkammer Paraguays, des PROMUR GES – Zentrum für die „Förderung der Frau und Sozialmaßnahmen“ und der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Bereits in seiner Eröffnungsrede wies Senator Carlos Filizzola auf die Bedeutung des Themas "Migration" für die politische Agenda hin und erwähnte, dass in seinem Land der Staat sich im Rahmen der "Nationale Bevölkerungspolitik" mit dem Thema beschäftige. Da jedoch viele Migrationsbewegungen nicht registriert würden, seien die offiziellen Daten selten repräsentativ für die Realität. Der Senator betonte außerdem das Thema der auswandernden Frauen (insbesondere der jungen) und die Konsequenzen für die Familien und die Haushalte in Paraguay: Ist die Familie auf dieses Phänomen vorbereitet? Was wird die Rolle der Jugendlichen und der älteren Erwachsenen sein in der "neuen" Zusammensetzung der Familie? Wie kann man die Familie in das Migrationsthema einbinden?

Die Soziologin Caroline Stefoni von der Alberto Hurtado Universität in Santiago stellte den Fall Chile vor und verdeutlichte die Heterogenität der Migranten in ihrem Land und vor allen Dingen in Santiago, dem Hauptziel der Einwanderer. Sie

stellte jedoch generell heraus, dass es eine zunehmende "Feminisierung" der vorwiegend peruanischen Einwanderungsgruppe in Chile gebe, was zu verschiedenen Problemen und Konsequenzen für die Familien führe und auch für die spätere Wiedervereinigung zwischen Kindern und Müttern, sofern eine solche überhaupt stattfindet. Die Migrationsbewegungen von peruanischen Arbeitskräften endet für diese meist in niedrig qualifizierten Jobs (wie Arbeiten im Haushalt oder im Baugewerbe) und dies führt wiederum zu Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt. Die ekuatorianische Einwanderungsbewegung sieht etwas anders aus, sie ist darüber hinaus auch wesentlich jünger. Der Großteil der Ekuatorianer in Chile sind wissenschaftliche Fachkräfte und Intellektuelle, da es ein Abkommen zur Anerkennung der Diplome zwischen den beiden Ländern gibt, gleichwohl gibt es aber auch hier unqualifizierte Arbeiter. Die argentinischen Einwanderer sind normalerweise Personen mit eher hohem Ausbildungsgrad. Daher gibt es auch keinen spezifischen Sektor, in dem sich die Migrationsbewegung konzentriert. Die argentinische Einwanderung nach Chile nahm nach der Wirtschaftskrise 2002 zu, war aber historisch gesehen eher eine politische Bewegung.

Um in Chile die Staatsbürgerschaft zu beantragen, muss der Einwanderer über zwei Jahre lang denselben Arbeitgeber haben. Diese Politik erschwert die Regulierung der Migranten, weil die Arbeitsstellen zum großen Teil illegal sind und es nicht möglich ist, diese Arbeitszeit formell vorzuweisen, weil sie auch oftmals nur aus Kurzarbeit besteht. In diesem Fall sind die peruanischen Frauen im Vorteil, da sie zum Großteil im Haushalt arbeiten und dieser zu 50 bis 60% legalisiert ist. Männer hingegen sind eher von diesem Problem betroffen, da sie zum großen Teil

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
SOZIALE ORDNUNGSPOLITIK
LATEINAMERIKA (SOPLA)
JOANA FONTOURA**

November 2008

www.kas.de/sopla

im Baugewerbe arbeiten. Das Einwanderungsgesetz in Chile ist veraltet und beinhaltet bisher noch nicht die Menschenrechte im Arbeitsgesetz. Es gäbe allerdings einige Fortschritte, so zum Beispiel der Zugang zur Gesundheitsversorgung für schwangere Frauen ohne Papiere und Schulrecht für Kinder von illegal eingewanderten Frauen. Es mangle jedoch an einer generellen Einwanderungspolitik. Stefoni schlug vor, diesen Prozess durch die Formalisierung von Arbeit und die Loslösung des Wohnortes vom Arbeitsvertrag sowie den Zugang zum permanenten Visum für die Einwanderungsbevölkerung zu verbessern.

Dr. Sebastian Torres von der Katholischen Universität Uruguay betonte vor allem den "brain-drain" in seinem Land. 17% der Uruguayaner leben im Ausland. Es gibt bereits eine Regierungsprogramm "Uruguay Distinto" („Anderes Uruguay“), um zu analysieren, wie man das Land attraktiver gestalten könnte. Torres führte mit im Ausland lebenden Uruguayern eine Umfrage durch um zu ergründen, was die Auswanderer von der jeweiligen Migrationspolitik halten und welche ihr Land interessanter machen könnten. Die Auswanderer waren zum großen Teil hoch qualifiziert, sind ausgewandert, um zu studieren und zu arbeiten und obwohl nicht alle zurückkehren wollen, möchten sie dennoch mit ihrer Expertise das Land unterstützen. Daher war auch eines der Resultate der Umfrage, dass die Beziehungen zu den im Ausland lebenden Mitbürgern gestärkt werden müssten. Von 600 verschickten Umfragebögen kamen 450 ausgefüllt zurück. Bisher gibt es keine einheitliche Migrationspolitik in Uruguay und derzeit wird zwischen den Ministerien zusammen gearbeitet, um ein Ministerialkabinett für Innovationen und Anreizmechanismen in Wissenschaft und Technologie (vor allem im biotechnischen Bereich) zu schaffen.

Cynthia Pastor vom Peruanischen Wirtschaftsinstitut stellte die Situation in Peru vor, die der in Uruguay ähnlich ist, da Peru auch ein Auswanderungsland ist und nicht wie Chile in erster Linie ein Einwanderungsland. 10% der Peruaner leben im Ausland und auch wenn die makroökonomische Situation besser ist, spiegelt dies nicht das Ausmaß an Armut wieder, das der Anlass dafür ist, dass Menschen weiterhin auf der Suche nach besseren Lebensumständen auswandern. Die billige peruanische Arbeitskraft

ist für andere Länder attraktiv und die Zahlung an die zurückgebliebenen peruanischen Familien spielen eine große Rolle in der peruanischen Wirtschaft. Auch wenn es keine direkten Beweise für die Auswirkungen gibt, erhöhen solche Zahlungen dennoch die Kaufkraft. Von diesen sogenannten "remesas" werden vor allem die Grundbedürfnisse gedeckt. Auch die peruanische Gesetzeslage ist nicht eindeutig. Seit 2004 existiert das Gesetz für "Anreize der Migration". Daneben gibt es noch den MiVivienda-Fund, der internationale private Finanzfonds bündelt, um armen Peruanern eine Unterkunft zu garantieren. Leider gibt es noch keine Politik, die sich mit den zurückgelassenen Familien und Kindern beschäftigt, obwohl es auch in Peru besonders Frauen sind, die auswandern.

Von Regierungsseite her wurde darauf hingewiesen, dass zum Beispiel im Fall von Mercosur die Abkommen erweitert werden müssten, weil die Bewegungsfreiheit von Personen oft in Vergessenheit gerate. Die Zollunion und der freie Kapitalfluss sei unbestritten, die Bewegungsfreiheit, die Angleichung der Schullaufbahnen und der Diplome und Wohnungs- und Arbeitsabkommen müssten noch weiter gestärkt werden, da diese besonders Migranten tangieren würde und damit auch deren Zugang zum Gesundheitssystem, Bildung, Sozialversicherung etc.

Es wurde in dem Zusammenhang auf die einheitliche Migrationspolitik in der EU hingewiesen. Victor Hugo Peña vom Außenministerium Paraguay schlug vor, dass die Industrieländer die Schwellen- bzw. Entwicklungsländer für den Austausch von Talenten kompensieren sollten, falls diese die Ausbildung im Entsendeland erhalten hätten und ihre Kenntnisse ins Empfängerland mitbringen würden. Er schlug eine Art Entschädigung, auch im finanziellen Sinn, vor.

Dr. Martín Duval vom argentinischen Innenministerium konzentrierte sich in seinem Vortrag vor allem auf den normativen Aspekt der Migration Argentinien. Die Migrationsströme sind in der Vergangenheit vor allem mit Finanzkrisen und politischen Situationen verbunden gewesen. Die Beziehung zwischen Migration und Sicherheit hat zur Folge, dass die Normen auch darauf basieren, dass Einwanderungsbeschränkungen das Land vor Gefahren aus dem Ausland

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
SOZIALE ORDNUNGSPOLITIK
LATEINAMERIKA (SOPLA)**
JOANA FONTOURA

November 2008

www.kas.de/sopla

schützen. Duval sprach sich dafür aus, die "Öffnungspolitik" Argentiniens fortzuführen, die Einwanderer aber in Bezug auf Legalisierung besser zu betreuen. In Argentinien ist die zeitweilige Einwanderung zu Erntezeiten z.B. sehr häufig, aber das Land hat es bisher nicht geschafft, diese Personen wenn auch nur für kurze Zeit in die Gesellschaft zu integrieren. Offiziell gibt es Sanktionen und Gesetze, die Arbeitgeber dafür bestrafen, dass sie ihre Arbeitnehmer nicht regelkonform behandeln, aber die Bußgelder werden selten bezahlt.

Im dritten Teil der Veranstaltung wurde noch einmal der Fall Paraguay aufgegriffen. Dabei hat sich herausgestellt, dass vor allem die neuen Familienformen mit alleinerziehenden Müttern, "Patchworkfamilien" und Familien mit Großmüttern als Familienoberhaupt eine neue politische Herausforderung darstellen. Ein weiteres wichtiges Thema ist der Einfluss der zeitweiligen Migration im Bereich Landwirtschaft und der Sojaernte.

Der Vertreter der Zentralbank sprach noch einmal das Thema der Zahlungen an die Familien in der Heimat an. Er wies darauf hin, dass sich die wirklichen Auswirkungen kaum messen ließen, da circa 70% der Geldtransfers nicht registriert würden. Dennoch könne man davon ausgehen, dass die Zahlungen einen positiven Einfluss im Hinblick auf die extreme Armut hätten, dass sie jedoch langsam zurückgingen – bedingt durch die Finanzkrise in den USA.

Fazit

Die Veranstaltung war insgesamt ein Erfolg. Die rege Beteiligung der über 70 Teilnehmer der Veranstaltung verdeutlicht die Relevanz des Themas. Das Ziel der Konrad-Adenauer-Stiftung, ein Forum für Diskussionen, Dialoge und politische Handlungsvorschläge zu schaffen, wurde erreicht.

Die Teilnahme des Senators Carlos Filizzola verdeutlicht den Willen seitens der Regierung, die Beziehung zu den sozialen Akteuren, die im Thema Migration involviert sind, zu stärken. Die Veranstaltung war überdies eine Gelegenheit, einige Ergebnisse der Studie "Migration und ihre Effekte für die Sozialpolitik Lateinamerikas", die von der Konrad-Adenauer-Stiftung in 13 Ländern durchgeführt wird, vorzustellen und zu diskutieren.

*Übersetzung von Tanja Goodwin
KAS Rio de Janeiro*